

Schwarz-Gelb kürzt bei der Bildung

Das 2009 eingeführte beitragsfreie Kita-Jahr wurde im Juni in einem parlamentarischen Hau-Ruck-Verfahren einkassiert. Im Gegenzug sollen die Kommunen zehn Millionen mehr für die Kindertagesstätten bekommen. Unterm Strich werden aber dennoch 25 Millionen Euro gestrichen, die der Kita hätten zugute kommen sollen.

Das ist nur der Auftakt bei den Sparmaßnahmen im Bildungssystem. Dabei ist bekannt, dass Deutschland im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich bei den Bildungsausgaben ist.

Das Sparpaket der neuen Landesregierung beinhaltet auch für die Schulen massive Einsparungen: Jede sechste Lehrerstelle bis 2020 soll wegfallen – 3650 Stellen –, das sind 750 Stellen mehr, als durch den Schülerrückgang frei werden. Seit August müssen viele Lehrer mehr Unterricht geben – Gegenwert: 450 Stellen. Außerdem will das Land kein Geld für die Schülerbeförderung im ländlichen Raum mehr geben, das spart sieben Mio. Euro, die Einsparungen bei den dänischen Schulen betragen knapp fünf Mio. Euro.

Wir wollen im neuen Haushalt einen Schwerpunkt auf Bildung legen und zudem den Soli-Ost zum Bildungssoli machen, denn: Haushaltssanierung und Bildungsinvestitionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

„Die zehn Prozent der Kinder, die nicht in den Kindergarten gehen, haben oft die schlechtesten Startchancen. Sie müssen in den Genuss der frühkindlichen Bildung kommen. Hier zu sparen ist kurzsichtig!“



Anke Erdmann

Bildungspolitische Sprecherin

Bündnis 90/Die Grünen

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

T: 0431-988-1514

anke.erdmann@gruene.ltsh.de

Unsere Ideen für bessere Schulen:

www.plietsch.sh

Nicht bei den Kurzen kürzen



Kitas voran!

Situation der Kitas

Viele Eltern von kleinen Kindern wissen: Es ist oft nicht so einfach, den richtigen Betreuungsplatz für die Lütten zu finden. Krippe, Kindergarten, Hort? Bedarfsgerechte Öffnungszeiten? Nicht selten ist es eine Zitterpartie, ob alles klappt. Dabei zahlen Eltern in Schleswig-Holstein durchschnittlich deutlich mehr als in anderen Bundesländern für den Kita-Besuch.

Die Teams in den Kindertageseinrichtungen wissen: Frühkindliche Bildung wird immer umfassender. Sprachförderung und spielerische Förderung bedeuten auch steigende Herausforderungen für die Erzieherinnen und Erzieher.

Viele Politiker und Politikerinnen wissen: Die Kita-Finanzierung in Schleswig-Holstein gleicht einem Dschungel. Landeszuschuss, kommunale Gelder, Elternbeiträge und Anteile der Träger – überall in Schleswig-Holstein anders geregelt.

Es ist noch viel zu tun

Wichtig wäre darum eine landesweit einheitliche „Sozialstaffel“. Dabei geht es darum, dass es überall die gleichen ermäßigten Sätze für Familien ohne oder mit geringem Einkommen gibt und dass berücksichtigt wird, wie viele Kinder einer Familie betreut werden. Einige Orte sind hier vorbildlich – es wäre sinnvoll, dies für Schleswig-Holstein aus einem Guss zu regeln.

Außerdem haben wir im bundesweiten Vergleich eine geringe Betreuungsquote – sowohl bei den unter Dreijährigen (U3) als auch bei den Kindern mit Migrationshintergrund sind wir bundesweit Schlusslicht. Von ihnen erreichen wir nur 60 Prozent – Baden-Württemberg liegt bei mehr als neunzig Prozent: ein wichtiger Baustein für Integration.

Beispielgebend ist Schleswig-Holstein aber mit seinen Bildungsleitlinien, die 2008 beschlossen wurden. Damit soll die Qualität der Kitas gesichert und verbessert werden. Schade nur, dass die Landesregierung für diese qualitativen Maßnahmen kein Geld eingeplant hat.



Was wollen wir Grünen?

Wir möchten, dass jedes Kind individuell gefördert und begleitet wird. Dazu gehört auch eine frühe Sprachförderung. Ganztägige, bedarfsgerechte Öffnungszeiten und integrative Angebote für alle Altersgruppen sind uns wichtig. Bildung fängt schon vor der Schule an, darum soll sich in Zukunft jede Familie den Kita-Besuch leisten können. Eine einheitliche Sozialstaffel in Schleswig-Holstein wäre ein Fortschritt.

Wir wissen, dass wir sparen müssen und dass Veränderungen im Kita-Bereich viel kosten. Gegenfinanzierung? Die Grunderwerbsteuer moderat anzuheben bringt 45 Mio. Euro pro Jahr. Damit landen wir nicht in pädagogischen Himmeln, könnten aber wichtige Schritte für mehr Qualität und soziale Gerechtigkeit bei den Kurzen gehen.

Was macht die Regierung?

Der Ministerpräsident hatte sich im Wahlkampf ständig mit der Einführung des letzten beitragsfreien Kita-Jahres geschmückt – nun fiel es als erstes dem Sparkurs der Regierung zum Opfer.

Nach der Wahl hatte er den Steuersenkungen im Bund zugestimmt: Das bedeutet für Schleswig-Holstein 130 Mio. Euro jährlich weniger, davon 60 Mio. Euro aus den Kassen der Kommunen. Geld, das jetzt für Büchereien, Schwimmbäder, Schulen und Kindertagesstätten fehlt.